

Stark im Team: 3 Mähroboter auf einer Fläche

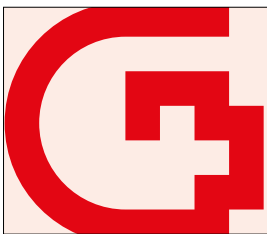


Mit der Automower Club Solution ist der Sportrasen immer in Höchstform. Bis zu drei Rasenroboter sind gleichzeitig unterwegs und sorgen für eine optimale Mähkapazität.

Vor 25 Jahren hat Husqvarna den weltweit ersten Mähroboter auf den Markt gebracht und die Technologie seither laufend weiterentwickelt. Auch auf öffentlichen Grünflächen und Sportplätzen sind die effizienten Helfer längst eingezogen und sorgen mit ihren scharfen Klingen für beste Mähergebnisse. Im Jubiläumsjahr 2020 präsentiert Husqvarna neu die Automower Club Solution. Jetzt arbeiten bis zu drei Mähroboter des Modells 550 als Teamplayer gleichzeitig auf einer grossen Rasenfläche, sei es in der Parkanlage oder auf dem Sportplatz. Ein einziges Begrenzungskabel genügt, um die Mäher auf Kurs zu halten. Dies vereinfacht Pflegearbeiten wie das Aerifizieren oder Vertikutieren,

da störende Kabel innerhalb der Fläche entfallen. Um bestehende Rasenroboter im Dreierteam mähen zu lassen, ist ein Softwareupdate nötig. Vorhandene Ladestationen lassen sich mit einer zusätzlichen Komponente einfach aufrüsten. Dank der Fleet Services-App kann der Greenkeeper seine Automower-Flotte auf dem gesamten Gemeindegebiet jederzeit von überall her via Smartphone, Tablet oder Laptop überwachen und steuern. Einem Formhoch des Rasens steht so nichts mehr im Wege.

www.husqvarna.ch
www.facebook.com/husqvarna.ch



Aktuell informiert mit dem Newsletter

Abonnieren unter: tinyurl.com/SGV-Newsletter

 **Beratung res publica**

Beratungsleistungen für die öffentliche Verwaltung und Behörden

- Einführung von Geschäftsverwaltungssystemen
- Rechtsberatung öffentliches Recht
- Öffentliches Beschaffungswesen
- Gesetzgebung
- HR-Prozesse und öffentliches Personalrecht
- Kommunikationsfragen (Intern, extern)
- Event Management
- Springereinsätze
- Prozess- und Organisationsberatung

Beratung res publica | Hauptstrasse 117 | CH-9052 Niederteufen

Telefon 071 244 34 34 | mail@beratung-res-publica.ch | www.beratung-res-publica.ch

Steigende Sozialhilfekosten: Auch der Bund ist in der Pflicht

Die Sozialhilfekosten werden infolge der Coronakrise stark ansteigen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung für die Gemeinden. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) fordert eine massgebliche finanzielle Beteiligung des Bundes.

Wie andere Krisen ist auch die Coronakrise geprägt von verschiedenen Phasen. Die Gemeinden sind in allen Phasen stark gefordert. Sie haben die Vielzahl von Herausforderungen bislang innert kürzester Zeit hervorragend bewältigt und damit gezeigt, dass auf sie auch in schwierigen Zeiten Verlass ist und sie ein zentrales Fundament unseres Staates sind. Die negativen finanziellen Auswirkungen der Coronakrise – fehlende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben – werden die Gemeinden jedoch noch lange stark spüren.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat den Verlauf der Coronakrise in den ersten zwei Monaten aus Sicht der Sozialhilfe analysiert und die kurz- und mittelfristigen Herausforderungen identifiziert. Im Analysepapier, das die Skos Mitte Mai publiziert hat, werden drei Szenarien für den zu erwartenden Anstieg der Fallzahlen und der Kosten der Sozialhilfe für den Zeitraum

2020 bis 2022 hochgerechnet. Das mittlere Szenario geht von einem kumulierten Anstieg von 77 000 zusätzlichen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern bis ins Jahr 2022 aus. Dies entspricht einem Anstieg der Sozialhilfequote von heute 3,2 Prozent auf 4,0 Prozent. Im optimistischen Szenario wird mit 53 000 zusätzlich Unterstützten gerechnet, und im pessimistischen Szenario mit 100 000. Dies entspricht einer Sozialhilfequote von 3,7 Prozent bzw. 4,3 Prozent.

Konkret müssten Kantone und Gemeinden im Jahr 2022 im mittleren Szenario mit zusätzlichen Sozialhilfekosten von 1,1 Milliarden Franken, im optimistischen Szenario von 826 Millionen Franken und im pessimistischen Szenario von 1,36 Milliarden Franken rechnen. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 betragen die Gesamtkosten für die Sozialhilfe 2,83 Milliarden Franken.

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) sieht seine Befürchtung, dass die

Coronakrise die Gemeinden finanziell stark belasten wird, durch die Skos-Berechnungen bestätigt. «Es kommen riesige Mehrausgaben auf die Gemeinden zu», sagt SGV-Direktor Christoph Niederberger. Nun müssten sich die drei Staatsebenen zusammensetzen und darüber diskutieren, was zu tun sei, um zu verhindern, dass es überhaupt so weit kommt. Für den SGV ist klar, dass auch der Bund in der Pflicht steht. Der SGV fordert, dass der Bund zusätzliche Massnahmen finanziert, um Sozialhilfebezügler rasch wieder an die Arbeit zu bringen. Weiter soll der Bund die Sozialhilfekosten für Flüchtlinge und vorläufige Aufgenommene länger als fünf und sieben Jahre übernehmen. Eine direkte Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten fordert der SGV hingegen nicht. *pb*

Infos:

www.tinyurl.com/skos-analysepapier

Trinkwasser: Ja zum «Gegenvorschlag»

Der SGV unterstützt die Parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren». Sie ist eine verhältnismässige Antwort auf die beiden hängigen Trinkwasserinitiativen, die der SGV ablehnt.

Die Parlamentarische Initiative 19.475 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S) hat zum Ziel, die Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 um 50 Prozent – der Referenzwert bezieht sich auf die Jahre 2012 bis 2015 – zu reduzieren. Die Vorlage orientiert sich inhaltlich am Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundesrats. Die Kommission will einen verbindlichen Absenkpfad mit Zielwerten zur Verringerung des Einsatzes von Pestiziden gesetzlich verankern und damit eine höhere Verbindlichkeit in der Umsetzung

erreichen. Der SGV unterstützt die Parlamentarische Initiative der WAK-S. Der Vorschlag ist eine verhältnismässige Antwort, eine Art «Gegenvorschlag», auf die beiden hängigen Volksinitiativen. Diese lehnt der SGV ab, weil sie zu weit gehen: Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» konzentriert sich ausschliesslich auf die Landwirtschaft, und die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» fordert ein allgemeines Verbot für synthetische Pestizide.

In seiner Stellungnahme fordert der SGV den Bund auf, den finanziellen Auswir-

kungen auf die Gemeinden, die mit der gesetzlichen Neuregelung einhergehen, gebührend Rechnung zu tragen und hier seine Mitverantwortung wahrzunehmen. Denn um strengere Grenzwerte für die Trinkwassernutzung einhalten zu können, müssen die Gemeinden mit Kosten in Millionenhöhe für die Sanierung ihrer Infrastruktur rechnen. Die finanziellen Aspekte müssen im Erlassentwurf berücksichtigt werden. Die Einführung einer Fondslösung bezüglich Finanzierung der Aufbereitung von Trinkwasser unterstützt der SGV grundsätzlich. *red*

Stellungnahme (in Französisch):

www.tinyurl.com/position-pesticides